



Als die damals 15-jährige Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg 2018 zum ersten Mal vor dem schwedischen Parlament ihr Schild mit dem Slogan »Schulstreik für das Klima« hochhielt, folgte ihr eine ganze Generation junger Menschen und streikte, wie sie, jeden Freitag. Aber warum eigentlich ein Schulstreik für das Klima? Ist ein Streik nicht ein klassisches Mittel des Arbeitskampfes um soziale Gerechtigkeit? Die Forderungen der »Fridays for Future«-Bewegung rückten eine zentrale Einsicht ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit: Der Klimawandel bedroht zwar uns alle, nur eben nicht alle gleich. Eine Generation, die noch sorglos die Ressourcen der Erde verschwendet und in deren Vorstellung die Zukunft nur besser werden konnte, wird von den Folgen des Klimawandels nicht mehr viel mitbekommen. Mit diesen Folgen wird aber genau jene Generation zu kämpfen haben, die jetzt durch den Streik Gerechtigkeit für ihre Zukunft auf diesem Planeten fordert.

Dass andere die Rechnung unseres unnachhaltigen Lebens werden zahlen müssen, ist Kern der Forschung des Klimaphilosophen Darrel Moellendorf. Sein normatives Konzept der Klimagerechtigkeit betrachtet die Krise des

anthropogenen Klimawandels als ethisches und politisches Problem statt lediglich als ökologische oder technisch lösbare Herausforderung. Generationengerechtigkeit ist hierbei nur ein Aspekt, der eine neue Komplexität in unseren Begriff sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf den Klimawandel einschreibt. So gibt es einen sozialen Ausgleich bisher nur innerhalb einer Verbindung von rechtlichen Institutionen und Politiken: innerhalb von Staaten. Der Klimawandel stellt diese begrenzte Gerechtigkeit in Frage. Der Klimawandel kennt keine nationalen Grenzen. Und dennoch werden diese Grenzen bedeutsam: Menschen, die im Ganges-Delta oder in Manhattan leben, teilen dasselbe Risiko, von Überflutungen durch den steigenden Meeresspiegel betroffen zu werden. Was sie jedoch nicht teilen, ist die Verwundbarkeit durch die verursachten Schäden. Das Ganges-Delta ist durch einen hohen Armutsgrad bestimmt, Infrastrukturen, um Katastrophen entgegenzutreten, sind schwach ausgeprägt und kaum geschützt. Obwohl also der Klimawandel alle betrifft, trifft er die Schwächsten doch am härtesten.

Wenn Bürgerinnen der USA ihre Klimaanlage einschalten oder wenn Europäer Autos fahren, die durch fossile Brennstoffe betrieben werden, dann haben diese Handlungen – unsere Handlungen – Konsequenzen. Konsequenzen, die uns im globalen Maßstab mit ländlichen Dorfgemeinden in Bangladesch, mit Bauern in Äthiopien und Slumbewohnern auf Haiti verbinden. Daraus folgt eine komplizierte Verantwortung. Offensichtlich ist die Frage, wer für die Kosten des Klimawandels aufkommen wird – inklusive der Kosten, sich an diesen anzupassen – eine Frage globaler Gerechtigkeit. So geht Moellendorf von der Annahme aus, dass die Erdatmosphäre – inklusive ihrer Fähigkeit, CO₂ zu absorbieren –, ein Gemeingut ist, für das die Menschheit eine besondere Verantwortung trägt.

Aber wer ist eigentlich verantwortlich? Das CO₂ in der heutigen Atmosphäre wurde von unseren Großeltern ausgestoßen. »Wer's verschmutzt, muss auch bezahlen« – so lautet das »polluter-pays«-Prinzip. Nur wussten die Menschen es damals nicht besser. Und wer sollte überhaupt proportional zur Verschmutzung vorheriger Generationen zahlen? Der Staat, der dies ermöglichte, oder die Einzelnen, die auch heute noch davon profitieren? Darüber hinaus sind Entwicklungsländer auf eine Erhöhung ihrer Treibhausgasemission angewiesen, um sich wirtschaftlich entwickeln zu können. Das »ability-to-pay«-Prinzip schlägt daher einen anderen Weg vor. So sollten diejenigen Staaten finanziell einspringen, die es sich leisten können, die Schwächeren zu unterstützen. Aber wer organisiert und bestimmt diese Verantwortung und in welchem Umfang? Beide Prinzipien haben Stärken und Schwächen, welche die Fragen der Klimagerechtigkeit verkomplizieren.